



Haushalt 2023: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen und SSW: Stellenbesetzungen in der Zuwanderungsbehörde

VO/2022/170	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 08.12.2022
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in: Nina Fiedler
	Bearbeiter/in: Klaus Behrens

<i>Datum</i>	<i>Gremium (Zuständigkeit)</i>	<i>Ö / N</i>
	Hauptausschuss (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen und SSW beantragen, in der Zuwanderungsbehörde entgegen der von der Verwaltung geplanten 4 Stellen befristet auf 3 Jahre, 6 Stellen zu schaffen. Dazu wird die Verwaltung gebeten, die Stellen unbefristet auszuschreiben.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Relevanz für den Klimaschutz

Entfällt

Finanzielle Auswirkungen

Entfällt

Anlage/n:

1	2022-12-08 Antrag HA Zuwanderung CDU-SPD-FDP-GRÜNE-SSW
---	--



CDU-Kreistagsfraktion
Paradeplatz 10
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 14160
Fax: 04331 141620
info@cdu-rd-eck.de

SPD-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 / 202-360
Fax: 04331 / 202-530
spd-fraktion@gmx.de

FDP-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 / 202-359
Fax: 04331 / 202-563
info@fdp-fraktion-rd-
eck.de

Kreistagsfraktion
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Kreishaus | 24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566
geschaeftsstelle@gruene-
fraktion-rd-eck.de

SSW-Kreistagsfraktion
Rendsburg-Eckernförde
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel. 0176 800 95 803
MSchunck.SSW@web.de

An

- den Vorsitzenden des Hauptausschusses des Kreises
Rendsburg-Eckernförde Thorsten Schulz
(post@thorsten-schulz.net)
- das Kreistagsbüro (kreistagsbuero@kreis-rd.de)

08.12.2022

Antrag für die Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen, in der Zuwanderungsbehörde entgegen der von der Verwaltung geplanten 4 Stellen befristet auf 3 Jahre, 6 Stellen zu schaffen.

Dazu bitten wir die Verwaltung, die Stellen unbefristet auszuschreiben, da wir aufgrund des Fachkräftemangels sicher sind, dass die gewonnenen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sollten diese nach 3 Jahren möglicherweise nicht mehr in der Zuwanderungsbehörde benötigt werden – anderweitig in der Kreisverwaltung eingesetzt werden können.

Begründung:

In der Zuwanderungsbehörde wurden in den letzten Jahren insgesamt sechs Stellen abgebaut. Diese Stellen waren notwendig, um die Flüchtlingskrise der Jahre 2014, 2015 und 2016 abzuarbeiten.

Die nunmehr bestehende Flüchtlingskrise hat die Ausmaße von 2015 übertroffen. Allein dieser Aspekt rechtfertigt die Schaffung der genannten Stellen.

Allerdings kommen noch weitere Aspekte hinzu, die daran zweifeln lassen, dass das von der Verwaltung vorgelegte Personaltableau für 2023 auskömmlich sein sollte.

1. Im März 2022 wurde deutlich, dass die Geflüchteten spontan und auch in größeren Mengen zu uns kommen können. Hierauf muss die Verwaltung reagieren können.
2. In der Darstellung der Verwaltung vom 10. November 2022 wurde deutlich, dass weitere Aufgaben für die Zuwanderungsbehörde hinzugekommen sind. Hierzu gehören beispielsweise die erkennungsdienstlichen Maßnahmen.

Die Bundesregierung plant zu Beginn des Jahres 2023 gesetzliche Änderungen, die vermuten lassen, dass weitere Aufgaben auf die Zuwanderungsbehörde zukommen. Die Verwaltung berichtete, dass weitere Gesetze in 2023 geändert oder geschaffen werden sollen. Hierzu gehören das Staatsangehörigkeitsgesetz, das Chancen-Aufenthaltsgesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

Tim Albrecht
CDU-Fraktion

Anke Göttsch
SPD-Fraktion

Tina Schuster
FDP-Fraktion

Dr. Christine von Milczewski / Lukas Strathmann
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Michael Schunck
SSW-Fraktion